

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten Dresden  
Bereitschafts-Sammelnummer: 28341  
Für die Reichspost: Nr. 20011  
Schriftleitung u. Hauptredaktion: Dresden - K. 1., Marienstraße 24/43

Bereitschaft vom 24. Mai 1930 bei leicht gestiegener Auflage mit 2.700 Ex.  
Auflagenrekord für Montag Juni 2.400 Ex. einschl. 96 Bild. Bergblätter (ohne Bergaufstellungsgebühr).  
Sammelnummer 10 Bild. Ausgaben werden nach Goldmark berechnet: die einzelnen 20 mm breite Seiten 25 Pf., die aufwärts 40 Pf. Familienausgaben und Stellengänge ohne Rücktitel 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 20 mm breite Zeitungssäule 300 Pf., außerhalb 300 Pf.  
Offenlegungsgebühr 30 Pf. Zuständige Aufsichtsgericht gegen Herausverbreitung

Dresdner Nachrichten: Siegfried & Reichardt,  
Dresden. Postleitz.-Nr. 1048 Dresden  
Redaktion nur mit briefl. Quellenangabe  
(Dresden, Nacht.) zu führen. Unterlaute  
Schriftsätze werden nicht anerkannt

## Gegenwartsausgaben des Deutschen Ev. Kirchenbundes

### Ein Vorwort zum Nürnberger Kirchentag

Von Prälat D. Dr. Schöll-Stuttgart, Mitglied des Kirchentages

Ende Juni tritt der Deutsche Evangelische Kirchentag wieder zusammen, diesmal in Nürnberg. Von den 210 Abgeordneten sind 150 von den Sonoden und Kirchentagen der einzelnen Landeskirchen gewählt, die weiteren 60 sind teils gewählt, teils berufen als Vertreter der Theologischen Fakultäten, der Religionslehrer und der großen freien Organisationen und Verbände. Somit ein Kirchenparlament, in dem nicht bloß die verschiedenen Kirchengebiete, sondern auch die verschiedenen kirchlichen Altersgruppen und Arbeitsgebiete und die verschiedenen Stände, Männer und Frauen, vertreten sein werden. Man darf hoffen, daß der Nürnberger Kirchentag hinter seinen Vorgängern, den Kirchentagen von Stuttgart 1921, Berlin 1922 und Königsberg 1927, an Bedeutung nicht zurückbleiben wird.

Was will der Deutsche Kirchenbund, dessen parlamentarische Vertretung der Kirchentag, dessen Verwaltungsrat der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß ist? Seine Entstehung geht darauf die Antwort. Schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts waren Bestrebungen im Gang, die Mauern niederzurütteln, die die einzelnen Landeskirchen trennten. Es war auf die Dauer doch nicht zu ertragen, daß es für die gemeinsamen Aufgaben und Fragen kein überstet außändiges Organ gab. Aus dieser Erkenntnis heraus ist damals schon die Elisenacher Kirchentagkonferenz ins Leben gerufen worden. Doch war diese zwar eine wertvolle Gelegenheit zum Meinungsaustausch über schwierige Fragen, aber noch kein rechtlich bindender Zusammenschluß. Das ist erst der Kirchenbund geworden. Seine nächstliegende Bedeutung hat er darin, daß er die Kirchen aus der Vereinzeltung herausgenommen und zu einem einheitlichen Verhalten, wo das nötig ist, fähig gemacht hat. Schon das ist ein Vorgang von großer Tragweite. Aber der Zusammenschluß reicht über das Gebiet des Deutschen Reiches hinaus, nicht bloß innerhalb, als die deutschen evangelischen Kirchen in abgetrennten Gebieten und in Österreich am Kirchenbund ihren Rückhalt haben, sondern insbesondere auch innerhalb zahlreicher deutsche evangelische Gemeinden in allen Erdteilen an den Kirchenbund angelassen haben. Abgesehen von den deutschen Evangelischen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird der Kirchenbund mehr und mehr zu einem Zusammenschluß aller deutschen evangelischen Gemeinden im europäischen Ausland wie über See. Was das kirchlich, kulturell und völkisch bedeutet braucht man nicht auszuführen. Auch in der Frage des ökumenischen Zusammenschlusses der Kirchen der Welt hat der Deutsche Kirchenbund als der stärkste und am festesten gefügte evangelische Kirchenkörper eine Verantwortung und Aufgabe, deren Größe nach gerade auch der weiteren Differenzierung deutlich wird.

Eine zweite große Aufgabe des Kirchenbundes ist die Vertretung der evangelischen und kirchlichen Belange gegenüber dem Reich. Die Reichsverfassung hat die Kultusfragen der Zuhörigkeit der Länder in weitgehendem Maße entzogen. Die wichtigsten Entscheidungen fallen auch hier nicht mehr in den Landtagen, sondern im Reichstag. Kirchlich betrachtet, hat das eine Einflußverminderung der einzelnen Landeskirchen zur Folge. Gegenüber dem Reich hat nur eine einheitliche Vertretung der Kirchen Bedeutung. Man denkt nur an ein so wichtiges Gebiet wie das der Schule, genauer gesagt der christlichen Belange in der Schule. Da es auch zu einem Reichsschulgesetz noch nicht gekommen, so entfällt doch schon die Reichsverfassung in das Schulwesen tief eingreifende Grundlage. Darüber hinaus gibt es eine Fülle von Fragen, bei denen eine einheitliche Vertretung der kirchlichen Geschäftspunkte gegenüber dem Reich nötig ist. Diese Fragen hängen nicht etwa nur mit der Einkaufsförderung der Kirchen und ihren Folgen auf rechtlichem und finanziellem Gebiet zusammen, sondern betreffen auch die Reichsgelehrtenfahrt selbst. Wie ernst kirchliche, artliche und religiöse Interessen stehen z. B. auf dem Gebiet der Chancenförderung oder des Strafrechts oder der sozialen Gesetzesgebung auf dem Spiel. Hat nicht davon zu reden, daß die Staatsumwälzung und was damit zusammenhängt, überhaupt zu einem neuen Durchdenken des Problems „Christentum und Staat“ genötigt hat.

Als dritte evangelisch-kirchliche Gesamtaufgabe ergibt sich aus der gegenwärtigen Lage die Bildung eines starken Daseinswillens aus christlichen Grundlagen. Die sittliche Verwirrung in den weitesten Volkskreisen schreit geradezu nach einer klaren, eindeutigen Beantwortung. Nicht als ob es sich darum handeln könnte, von den Lebensgrundlagen des Evangeliums abzugehen; aber die praktische Anwendung dieser Grundlage auf die verwickelten Verhältnisse des modernen Lebens bedarf ernsterster Arbeit. Neue Lage, neue Aufgaben: neue Gegner, neue Kampffront. Nicht einmal der Schein darf aufkommen und bleiben, als ob die Kirche für die Röte der Gegenwart nur veraltete Rezepte bereithalte. Man denkt an die gegenüber einer patriarchalischen oder ausschließlich agrarischen Zeit völlig veränderten sozialen Verhältnisse oder an die schweren Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Ehe- und Familiennorm, an die sogenannte Säcularisierung des öffentlichen Lebens und vollen an den immer schärfer werdenden Kampf zwischen Christentum und Antichristentum. Der Kirchenbund darf für sich in Angriff nehmen, daß er die vorliegenden Aufgaben in ihrem ganzen Ernst erkennt und an ihrer Bewältigung mit diesem Verantwortungsgefühl arbeitet. Die Kundgebungen der Kirchentage von Stuttgart, Berlin, Königsberg und die umfangreiche Einsatzarbeit des Kirchenausschusses geben davon Zeugnis. Der Kirchentag in Nürnberg wird sich u. a. mit dem Wesen der Kirche und ihrer Stellung im Konsulat beschäftigen, ein Verbandsabgegenstand, der schon beobacht alle Aufmerksamkeit verdient, weil die Kirche vielen zum Problem geworden ist, aber trotzdem oder gerade deswegen von unerlässlichem Wert für das Einzelne wie für das Gesamtleben ist.

## Minister Dietrichs Deckungsprogramm

### Schwere Bedenken der Parteien - Man rechnet mit Neuwahl des Reichstags

Berlin, 24. Juni. (Sig. Drabek.) Die latente Krise rund um das Deckungsprogramm ist im besten Hufe, sich zu einer akuten Krise zu wandeln. Das Kabinett trat am Dienstagvormittag zu Beratungen zusammen, in denen der zum Reichsfinanzminister auserwählte Reichswirtschaftsminister und Finanzanzialist Dietrich (Baden) sein Deckungsprogramm vortrug. Dieses Programm lehnt sich stark sowohl an die Vorschläge des preußischen Finanzministers Höppler-Ulrich als auch an das sozialdemokratische Deckungsprogramm an und sieht folgendes vor: Das Notopfer soll sich nur auf die Beamten erstrecken, einige Staffelungen erhalten und im Mittel 2,5 Prozent nicht überschreiten. Für alle anderen Kreise ist eine Erhöhung der Einkommensteuer vorgesehen. Am Reichsstaat sollen nicht nur wie vorgesehen, 25 Millionen, sondern 100 Millionen eingezahlt werden. Außerdem ist eine Schankverzehrsteuer und ein weitgehender Behördenabbau vorzusehen. Dr. Brünings war im Kabinett bereit, diesen Vorschlägen beizutreten, jedoch machten die anderen Minister zum Teil erneut ihre Fraktionen Fühlung nehmen, weshalb sich der Kabinettsrat auf heute abend vertrat.

Offiziell verlautet, daß die Entscheidung unter allen Umständen noch im Laufe des heutigen Tages herbeigeführt werden soll.

Zwischen haben sich die massgeblichen Fraktionen mit dem Dietrichschen Programm besaß. Die Demokraten meldeten schwere Bedenken an. Die Volkskonservativen bewandten sich insbesondere gegen den vorgesehenen Be-

hördenebau, Maßnahmen, die von ihnen als das Ende des Verfassungsentums bezeichnet werden. Besonders scharf entsprechend ihren Beschlüssen hat die Deutsche Volkspartei abgelehnt. Bis zur Weiterführung der Kabinettssitzung gehen nun die Verhandlungen zwischen den Demokraten einerseits, Dr. Schöll andererseits hin und her, ohne daß zur Stunde ersichtlich ist, wie eine Einigung zu Stande kommen kann.

In parlamentarischen Kreisen rechnet man in den ersten Nachmittagsstunden bereits mit einem Ausscheiden der Volkspartei und der Volkskonservativen aus Regierung und Koalition.

Es scheint in jedem Falle so, daß sich Dr. Brünning verrechnet, als er sich im Glauben hingab, daß das Ergebnis der Sachsenwahlen würde alle Parteien dazu veranlassen, Wendungen, die eine Reichstagsauslösung und Neuwahlen herbeiführen könnten, zu scheuen. Eine eingeschworene Entwicklung scheint sich vielmehr anzubauen. Mit Neuwahlen rechnet man mehr und mehr, und die meisten Parteien sind ganz offensichtlich bestrebt, so weit wie möglich vom Kabinett Brünning zu distanzieren.

Anwaltschaft hat der Reichsfinanzminister den Reichstag gebeten, die Weiterberatung der Moldenbauerischen Deckungsvorlage, die jetzt läßt gewesen wäre, auszuführen. Das Kabinett muß auf jeden Fall je eine Verlängerung des Notstands beschließen und außerdem für die Tilgung der kurzfristigen Anleihe aus der Weihnachtszeit, die zum 1. Juli fällig wird, bestrebt sein. Im Reichsfinanzministerium glaubt man, daß die Prolongierung dieser Anleihe angeht der Flüssigkeit des Geldmarktes keine besonderen Schwierigkeiten bereiten wird.

## Landwirtschaftsdebatte im Reichstag

### Zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums

Berlin, 24. Juni. In der Dienstagsitzung des Reichstages wurde ohne Aussprache zunächst ein Nachtrag zur Denkschrift des Rechnungshofes dem Haushaltshaushalt des Reichsernährungsministeriums fortgeführt.

Abg. Freseke (SPD) betont, die letzten zollpolitischen Maßnahmen hätten bisher doch keine positiven Wirkungen gehabt. Es müsse also nach anderen Mitteln gelingt werden, um den Abfall der landwirtschaftlichen Produkte zu fördern. Die Industrie hat immer nur den Export im Auge gehabt und den Inlandsmarkt nicht pfleglich behandelt. Die Rohstoffpreise in Deutschland müssen nun endlich abgebaut werden. Höchst bedenklich ist auch die Überspannung der Binsäfte seitens unserer deutschen Großbanken.

In der Zollpolitik für landwirtschaftliche Produkte werden wir von dem System der Preisbegünstigung abkommen müssen.

Zur Förderung des Roggenabsatzes beantragen wir, daß den Erwerbslosen ein Teil ihrer Unterstützung in Form von Roggenbröckchen neu gewährt wird. Wir befürchten es, daß auf gelegentlichem Wege die Verarbeitung deutscher Fette bei der Margarinefabrikation durchsetzt werden soll. Es geht nicht an, daß dem deutschen Volk dauernd Margarine vorgesetzt wird, die in der Haupftasse aus chemisch gereinigtem Fischfett besteht. Bei den Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft darf der private Handel nicht ausgeschaltet werden.

Die Genossenschaften arbeiten nicht billiger als der Zwischenhandel. Wir erklären uns immer wieder bereit, an einer wirklich objektiven Feststellung der Preisspanne mitzuwirken.

Der deutsche Osten ist in den letzten zehn Jahren immer dem Westen gegenüber benachteiligt worden.

Wir sehen in dem Osthilfegesetz einen ersten Schritt zur Lösung des Ostproblems, daß zu einem gesamtdeutschen Problem geworden ist.

Abg. Macht (Soz.) weist auf die ungeheure Not des deutschen Ostens hin. Die Sozialdemokratie wolle dem kleinen Landwirt im Osten helfen, sie wende sich aber dagegen, daß die Osthilfe zu einer Subventionsspolitik zugunsten der Großgrundbesitzer gemacht wird.

Abg. Freiherr v. Rheinbaben (DVP) begrüßt das Osthilfegesetz. Die Not des Ostens sei nicht nur eine der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie, des Gewerbes und der Gemeinden. In den notleidenden Gebieten des Ostens sollte man überhaupt von der Einsicht der Industriebevölkerung absieben. Durch eine Reaktion der Industriebelastung müßte der überörtlichen Kohlenwirtschaft ein Ausgleich gewährt werden für die Schädigungen, die ihr Infrastruktur des deutsch-polnischen Handelsvertrages durch die Konkurrenz der polnischen Kohle erwachsen werden. Von einem Ostromatorium kann natürlich keine Rede sein. Die allgemeine Osthilfe beschränkt leider das Maß der Hilfe. In Schlesien versteht es kein Mensch, daß nicht ganz Schlesien in das Betreuungsgebiets einbezogen werden kann. Es kommt bei der Osthilfe nicht allein auf die Geldmittel an, sondern auf die Art, in der die Verwaltung den Kampf um die Aufrechterhaltung des Deutschstums führt.

Die unabdingbare Voraussetzung für die Osthilfe ist die Sanierung der Steinkohle.

Ohne den Youngplan würden uns noch die 200 Millionen

schulen, die wir für die Osthilfe brauchen. Auf der Konferenz der Landeshauptleute hat am nachdrücklichsten von allen der sozialdemokratische Landeshauptmann der Grenzmark Posen-Westpreußen darauf hingewiesen,

dass die Hauptursache des Ostnot in der unmöglichen Grenzziehung liegt.

Wenn wir auf eine gerechte internationale Grenzregelung hoffen, so haben wir doch zunächst die Aufgabe, aus eigenen Kraft unseren Landsleuten im Osten zu helfen.

Abg. Mönchburg (Dem.) erklärte, die Gesamtfrage Preußens sei ernst, aber nicht Hoffnungslos. Zu großer pessimismus könne nur führen. Er führt dazu, daß die Kreditinstitute erhebliche Zinszuschläge verlangen.

Abg. Graf Culenburg (DNV) weist darauf hin, daß selten ein Kabinett hochgepriesene Erwartungen seiner Anhänger so falsch und gründlich enttäuscht habe wie das Kabinett Brünning. Diese Enttäuschung wirke sich auch in der Landwirtschaft aus. Die Regierung hätte es sehr allein damit, die Brotkörbe zu verteilen, die nur zu bald verwelkt sind. Gerade der notleidende Osten, dessen Bevölkerung mit besonderer Spannung auf die Regierungshilfe wartete, habe eine fühlbare Entlastung bisher nicht erfahren.

Der Roggenpreis blieb unzureichend, die Schweinespreize liegen, Kartoffeln waren unverkäuflich und die Preise für Milch bleiben weit unter den Produktionskosten.

Schon heute aber hat eine gemessene Hecke von links gegen den Landwirt eingezogen, der daran schuld sein soll, daß die Lebenshaltung der Verbraucher dadurch verteuert worden ist, daß neue Steuern zur Regulierung der bösen Erdölaffären erhoben werden. Es ist ein schwerer Trost für den Landwirt, daß die Preise, abgesehen vom Weizen, ohne das Agrarprogramm vielleicht noch schlechter geworden wären. Es ist auch falsch, von einem Roggenpreis von 172 Mark zu sprechen. Juli-Roggen wird heute mit 100 Mark notiert, und der Landwirt erhält heute mit Hof kaum mehr als 100 Mark.

Unbedingt muß gefordert werden, daß die Getreidepreise sich regulieren, wenn die neuen Ernte geborgen ist.

Zur Beilegung des Roggenkrises erwarten wir die neue Verabschiedung des Roggenbröckchen Gesetzes. Die Herabsetzung der Vermarktungskapazität von 80 auf 80 Prozent halten wir für einen Fehler. Auf der Reichslandbundtagung in Königsberg ist nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Reichsregierung Hindenburgs Worte in die Tat umsetzen muss.

(Der Verhandlung dauerte bei Reaktionen noch an)

### Streichungen beim Außenamt

Draftmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Juni. Im Haushaltshaushalt des Außenamtes über den Staat des Auswärtigen Amtes nochmals durchberaten. Der Haushaltshaushalt bestätigte die Streichungen der geplanten neuen deutschen Botschaften in Buenos Aires, Rio de Janeiro und Santiago. Der Außenamtschef genehmigte ferner für Tizana ein Konsulat. Bei den Bereitstellungen des Reiches im Auslande wurden an persönlichen Verwaltungsaufgaben rund 0,5 Millionen RM gespart. An Auslandsaufgaben wurden im Haushaltshaushalt zunächst rund 2,75 Millionen gekürzt. Für einige Generalkonsulate wurden ferner die Bezüge herabgesetzt.